

aurora

Zeitung für revolutionäre Perspektiven

Ausgabe 7 | März 2020 | Normalpreis: 1€ | Solipreis: 2€

rso
revolutionär sozialistische organisation



INHALT DIESER AUSGABE:

Corona-Virus - Wer rettet wen?	S. 2
Bedingt abwehrbereit	S. 4
Autoindustrie - Vorsprung durch Erpressung	S. 8
Baut die Groko den Sozialstaat auf?	S. 11
Festung Europa	S. 13
Das Phänomen Bernie Sanders	S. 17
Rezension: New York 2041	S. 21
Veranstaltungen	S. 22

Corona-Virus, Flucht, Börsencrash – kapitalistische Krisen

Die Ereignisse überschlagen sich. An den EU-Grenzen wird mit vereinten menschenfeindlichen Kräften die Festung Europa „gesichert“. Die Polizei schießt scharf auf MigrantInnen, FaschistInnen machen Jagd auf NGOs, JournalistInnen und ankommende Flüchtlinge.

Der Corona-Virus ist zum bestimmenden Thema geworden. Das öffentliche Leben wurde eingeschränkt, plötzlich ist zuvor Undenkbares möglich. Gesetzesänderungen, Hochschulschließungen, Konjunkturpakete. Mit solchen Anstrengungen wären

Klimawandel, Hilfe für Flüchtende und Pflege von Alten und Kranken locker zu bewältigen.

Die Einbrüche an den Börsen zeigen die Instabilität der kapitalistischen Wirtschaft. Die Staaten eilen sofort zur Hilfe - mit Steuergeldern der Arbeitenden.

Gewerkschaftsführungen leisten Komplizenschaft, damit die Unternehmen unbeschadet davorkommen. Dabei zeigen uns alle aktuellen Erfahrungen, dass der Kapitalismus selbst das Hindernis bei der Lösung unserer Probleme ist - und sein Sturz notwendig für ein gutes Leben.

Corona Virus: Wer rettet wen?

Die Politik ruft zur Geschlossenheit auf, um die Ausbreitung des Corona-Virus zu verlangsamen. Es wird so getan, als säßen wir alle im selben Boot. Dabei zeigen gerade die aktuellen Maßnahmen, dass das nicht so ist. Statt der Unterordnung, die wir von gewerkschaftlicher Seite zu oft erleben, müssen wir gerade jetzt dafür sorgen, dass **nicht die Arbeitenden, Prekären und Jungen die Krise ausbaden müssen.**

Soziale Kontakte sollen so weit wie möglich eingeschränkt werden, damit die Verbreitung des Virus verlangsamt wird. Dadurch soll verhindert werden, dass viele gleichzeitige Ansteckungen das Gesundheitssystem überlasten. Tatsächlich wurde dieses in den letzten Jahrzehnten bereits in eine Dauerkrise gefahren, die jetzt noch offensichtlicher wird. Zu Recht zeigen Viele in den Krankenhäusern die Mängel auf und **fordern bessere Arbeitsbedingungen und ausreichendes Material.** (Mehr dazu im Artikel „Bedingt abwehrbereit“.)

Die Schließungen von Schulen und Kindertagesstätten werfen für die

meisten Eltern die Frage der Kinderbetreuung auf. Denn es gibt keinen gesetzlichen Anspruch auf bezahlte Dienstfreistellung zur Kinderbetreuung. Die Regierungen lassen dieses Thema bewusst offen und weisen auf freiwillige Lösungen durch die Unternehmen. Es muss das **Recht der Eltern sein, für die Kinderbetreuung bei vollen Bezügen freigestellt zu werden.** Auch Home Office ist keine adäquate Kinderbetreuung.

Merkel und Kurz empfehlen ebenfalls, dass ArbeiterInnen in nicht „kritischen Bereichen“ im **Home Office** arbeiten sollen. Viele Unternehmen lehnen das ab, manchmal

weil es technisch nicht möglich wäre, manchmal mit absurden Begründungen. Nicht wenige Produktionsbetriebe produzieren ohne Einhaltung der notwendigen Hygienebedingungen und Schutzmaßnahmen weiter. Es werden sogar Prämien bezahlt, damit die ArbeiterInnen die Profitmaschinerie am Laufen halten. **Stattdessen braucht es ein Herunterfahren der Wirtschaftsbereiche,** die nicht für die unmittelbare Versorgung der Bevölkerung (Gesundheit, Lebensmittel, Müllbeseitigung, Wasser etc.) notwendig sind. In den Bereichen, die nicht zwingend die Anwesenheit erfordern, muss es bezahlte Freistellung oder Home Office geben. Die Unternehmen haben das zum Schutz der Beschäftigten und der Bevölkerung sicherzustellen.

Andererseits schließen viele Betriebe oder unterliegen Einschränkungen. Der Tourismusbereich muss seine Angebote reduzieren oder aussetzen. Es gibt Produktionsausfälle in Industriebetrieben usw. (Nicht nur) in diesen Bereichen haben die Unternehmen begonnen, ihre Ausfälle auf die Beschäftigten abzuwälzen. Hotels und Gastronomiebetriebe entlassen ihr Personal, FlugbegleiterInnen verlieren in Kurzarbeit einen relevanten Teil ihres Lohns, auf Stundenbasis Beschäftigte und pre-

ITALIEN: MIT STREIKS GEGEN CORONA

Italien hat Restaurants und Geschäfte geschlossen. Die Fabriken aber, in denen Tausende von Arbeitenden nah beieinander schwitzten, sollten offen bleiben. Als ob der Virus am Fabrikator halt mache.

Dagegen kam es in vielen Werken zunächst zu wilden Streiks. Ab dem 10. März streikten KollegInnen bei Fiat, vom 12. März an das Stahlwerk in Terni, dann Fincantieri, Arcelor Mittal, Electrolux und vor allem die Autoindustrie. Ab Ende der Woche sahen sich die großen Gewerkschaften gezwungen, auf die Bewegung aufzuspringen, während für Minister-

präsident Conte das Ziel blieb, die „Lieferketten“ – also die Profite – aufrecht zu erhalten. Am 14.3. präsentierten die „Sozialpartner“ ein Abkommen: Die Sozialkassen, das Geld der ArbeiterInnen also, soll eingesetzt werden, wenn Werke – wie Ferrari – kurzzeitig geschlossen werden.

Dazu sollen angeblich „Atemmasken und Handschuhe“ in den Betrieben verteilt werden. Woher sollen die kommen? Trotzdem zeigt Italien den Weg auch für Österreich und Deutschland: Gegen Ansteckung auf der Arbeit hilft nur, diese niederzulegen.



Demo in Italien

käre ArbeiterInnen verlieren teilweise ihre gesamten Einnahmen. LeiharbeiterInnen werden abgemeldet und Arbeitszeitkonten werden ins Minus gefahren. Unternehmen verlangen, dass Beschäftigte Urlaub verbrauchen. Als könnte in der jetzigen Situation gut geurlaubt werden. **Wir brauchen ein Verbot von Entlassungen, die Festeinstellung der prekär Beschäftigten und auf Stundenbasis beschäftigten Schein-Selbständigen und die verpflichtende Weiterbezahlung der Löhne bzw. Unterstützung für prekär Arbeitende. Niemand darf zur Nacharbeit gezwungen werden, wenn die Betriebe wieder anlaufen.**

«... haben die Unternehmen begonnen, ihre Ausfälle auf die Beschäftigten abzuwälzen.»»

Die öffentlichen Verkehrsmittel sollen in Betrieb bleiben, um Menschen zur Arbeit zu bringen. Viele Bereiche müssen auch weiterlaufen. Aber für die Beschäftigten in dieser sogenannten „kritischen Infrastruktur“ müssen alle notwendigen Sicherheitsvorkehrungen geschaffen werden. Es muss zentral sichergestellt werden, dass alle erforderlichen Finanzmittel in diese kritischen Bereiche fließen, dass ausreichend Per-

sonal eingesetzt und Material (wie Mundschutz, Schutzkittel, Desinfektionsmittel) und Betriebsmittel (wie Betten, OP, Transport) zur Verfügung stehen. Dauerhaft sind Einstellungen, höhere Gehälter und mehr Ausbildung im Care Bereich dringend nötig. Die Forderungen dafür liegen auf den Tischen und könnten sofort auf Schiene gebracht werden.

Um alle diese Fragen gibt es in verschiedenen Branchen und Ländern Konflikte und **Streiks. Es geht jetzt darum, die Interessen der Beschäftigten zu verteidigen**, auch wenn in dieser besonderen Situation manchmal kreativere Lösungen zur gemein-

samen Organisation gefunden werden müssen.

Wer soll für all das bezahlen?

Die Regierungen versprechen Konjunkturpakete, Finanzspritzen und zinslose Kredite allein für die großen Unternehmen (nicht nur die Arbeitenden, auch die Kleinunternehmen gehen leer aus). Geld ist also da. Wir können die **Milliarden für die Umsetzung oben genannter Maßnah-**

men verwenden, statt sie den großen Konzernen, die jahrzehntelang astronomische Gewinne gemacht und Dividenden an Superreiche ausgeschüttet haben, zuzuschieben.

Die Corona-Krise zeigt auch, dass große Unternehmen, beispielsweise in der Pharmabranche, aber auch die Infrastruktur unter gesellschaftliche Kontrolle gestellt werden müssen, damit nach den Bedürfnissen der Menschen geforscht und produziert wird, und zum Beispiel die Versorgung mit dem Nötigsten in den Krankenhäusern gewährleistet werden kann.

Werden wir das alles geschenkt bekommen? Nein, die Unternehmen und Regierungen werden an ihrem **menschenfeindlichen kapitalistischen System** festhalten wollen. Das sollte die Arbeitenden, die in aktuellen Auseinandersetzungen und Konflikten die Absurditäten des Kapitalismus mit aller Intensität erfahren, aber nicht daran hindern diese Wirtschaftsweise auf den Misthaufen der Geschichte zu befördern und **durch eine Gesellschaftsordnung zu ersetzen, die alle menschlichen Bedürfnisse erfüllen kann.**

Bedingt abwehrbereit – warum der Kapitalismus das Coronavirus so gefährlich für uns Arbeitende macht

Nicht erst Corona zeigt, wie die Profitmacherei im Gesundheitssektor Menschen gefährdet. Ähnlich wie die Klimafrage wirft auch die Coronapandemie viel grundsätzlichere Fragen über unser Gesellschaftssystem auf: Soll der immense gesellschaftliche Reichtum für die Profite des reichsten einen Prozents oder für ein möglichst gutes und gesundes Leben für die 99 % (und die Umwelt) verwendet werden?

Die Coronapandemie 2019/20 kommt nicht völlig überraschend. Schon seit Jahren erwarten VirologInnen und SozialmedizinerInnen eine weltweite Infektionskrankheit als Begleiterscheinung der immer ausgeprägteren weltweiten Arbeitsteilung im globalisierten Kapitalismus. Das SARS-Virus 2003 oder die H1N1-Pandemie („Schweinegrippe“) 2009/10 waren deutliche Vorzeichen.

„Überraschend“ kann man es allenfalls finden, wie unvorbereitet die Gesundheitssysteme selbst der reichen kapitalistischen Länder auf den Ausbruch in diesem Winter waren. Nach kürzester Zeit wurden Desinfektionsmittel, Atemschutzmasken und Schutzkleidung zur

Mangelware. Deutschland erließ Exportverbote, die Preise stiegen zum Teil um das Zwanzigfache in die Höhe und manche branchenfremden Firmen stellen ihre Produktion auf die Herstellung von Atemmasken um.^{1,2,3}

die älter sind oder bereits Vorerkrankungen haben. Kinder oder Schwangere scheinen bisher nicht besonders gefährdet zu sein. Bezeichnenderweise aber wird in der Presse kaum festgestellt, dass es nicht nur eine Frage des Alters ist!

« Das Coronavirus wird erst durch die kapitalistische Profitsucht, die uns hinter dem Virus und seinen Folgen überall begegnet, zu einem derartigen Problem. »»

Nun hat sich die neue Lungenkrankheit, die zuerst im Dezember 2019 in der chinesischen Provinz Wuhan ausgebrochen ist, auf alle Kontinente ausgebreitet und bedroht Schätzungen zufolge das Leben von Millionen von Menschen weltweit.⁴

Anders als in den Katastrophenszenarien von Endzeitfilmen sind aber weder „wir alle“ gleichermaßen gefährdet, noch ist „die Globalisierung“ oder „das Virus“ schuld an dem sich ankündigenden menschlichen Drama.

Das Coronavirus wird erst durch die kapitalistische Profitsucht, die uns hinter dem Virus und seinen Folgen überall begegnet, zu einem derartigen Problem. Die infolge einer Infektion mit dem Virus SARS-CoV-2 ausbrechende Lungenkrankheit COVID-19 verläuft bisher vor allem bei denjenigen Menschen tödlich,

Schon vor dem SARS-CoV-2-Virus sind arme Menschen auch an Grippe eher gestorben als Reiche. Wer nicht genug Geld für abwechslungsreiche und gesunde Ernährung hat, wer, wie viele Arbeitende, sein Immunsystem durch Wechselschichten und Schlafmangel regelmäßig unter Stress setzt, der hat einer schweren Infektion weniger entgegenzusetzen. Was für die Grippe gilt, gilt auch für COVID-19.

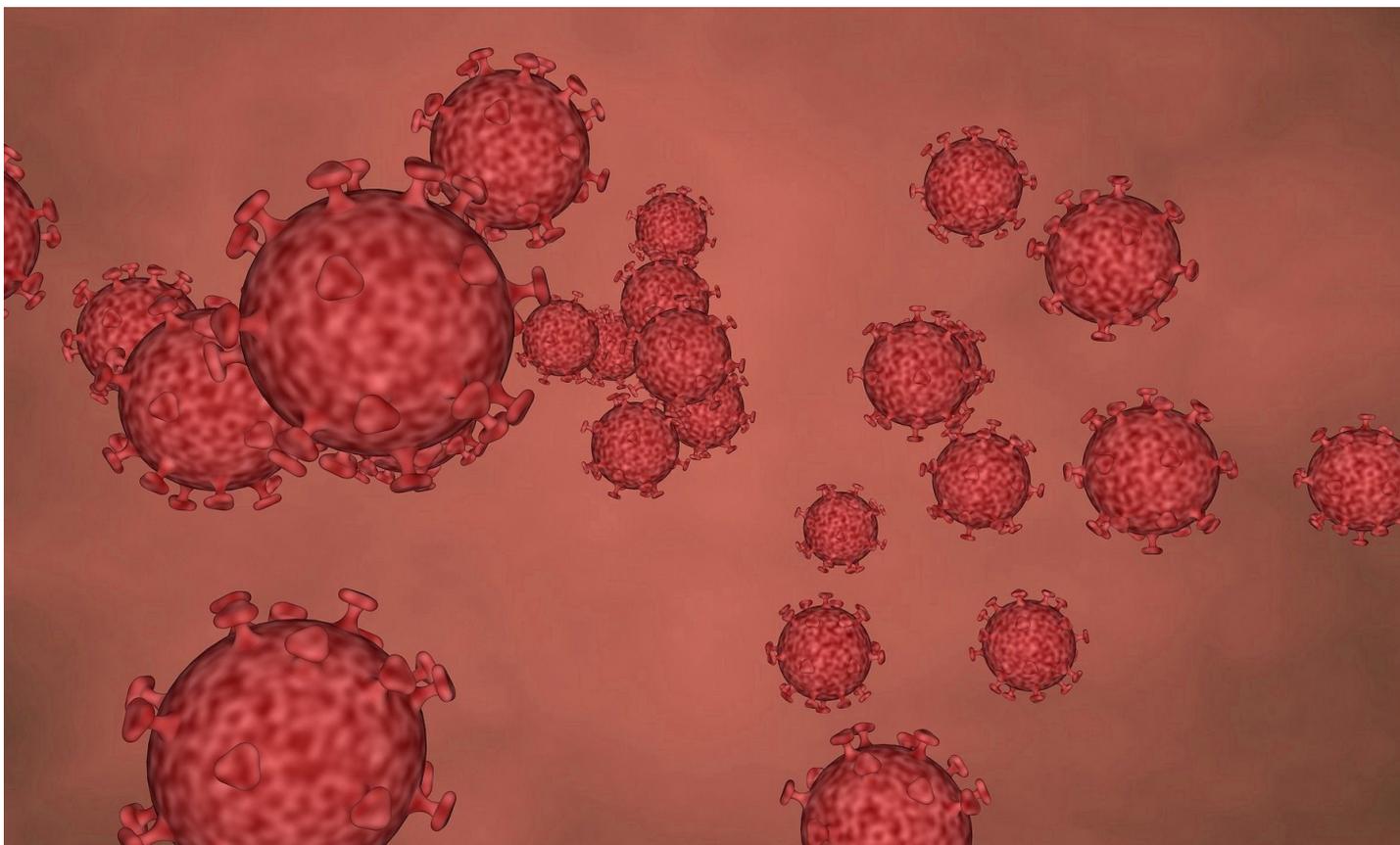
Auf Kosten von Personal und PatientInnen

Besonders schlimm ist die Lage im Gesundheitsbereich, wo sich die ohnehin schlechten Arbeitsbedingungen rasant verschärfen. Da Schutzkleidung und Atemmasken bereits seit Wochen Mangelware sind, berichten Pflegekräfte, dass z. B. Atemmasken, die normalerweise für zwei Stunden verwendet werden, für eine ganze Schicht

ÖSTERREICHISCHES AUßEN-MINISTERIUM AUF CORONA-TOUR:

Am 22. und 23. März reiste der österreichische Außenminister Schallenberg zu Verhandlungen mit einer kleinen Delegation in den Iran.

Kurz nach deren Rückkehr wurde bekannt, dass sich auch Mitglieder der iranischen Regierung angesteckt hatten. Obwohl Schallenberg seine Zeit im Iran händeschüttelnd mit iranischen Spitzenpolitikern und Auftritten in der Öffentlichkeit verbrachte, musste er nachher nicht in die vorgeschriebene 14-tägige Quarantäne. Schließlich wusste das Coronavirus ja von dessen diplomatischer Immunität...



reichen müssen; dass nur einE KollegIn pro Schicht eine Maske nutzen darf oder dass Schutzkittel mehrfach und von verschiedenen KollegInnen verwendet werden sollen.⁵⁶

Selbst eine Rückkehr zu Schutzkitteln aus Stoff – statt Einwegkitteln aus Plastik – die dann pro Zimmer von allen KollegInnen benutzt werden, scheinen keine Einzelfälle zu sein. Da aber gleichzeitig die Wäschereien kaum hinterherkommen, verschlimmert das die Ansteckungsgefahr zusätzlich.

Die Uniklinik Aachen, in der viele Erkrankte aus dem besonders betroffenen Landkreis Heinsberg behandelt werden, hatte bereits Anfang März die Vorschriften zur Isolation von PatientInnen gegen den Rat des Robert-Koch-Instituts abgesenkt.⁷ Hier wurde auch unter der Hand angeordnet, mehrere PatientInnen mit der gleichen Schutzkleidung zu untersuchen. Auch wurde, nachdem eine Pflegekraft auf der Frühgeborenenstation nachweislich infiziert war, darauf verzichtet alle 45 KollegInnen, die mit

der Infizierten z. T. in engem Kontakt waren, in Quarantäne zu schicken. Bis Symptome auftreten – weitermachen!

Würde man alle direkt exponierten KollegInnen in Quarantäne schicken, müssten angeblich ganze Stationen geschlossen werden. Das ist nach Ansicht des Robert-Koch-Instituts „sachlich falsch“ und nach Ansicht vieler KollegInnen in der Pflege eine klare Ansage: „Euer Leben ist uns nichts wert.“ Gerade KollegInnen, die neben ihrer Arbeit im Krankenhaus oder Pflegeheim auch noch zuhause Angehörige pflegen oder Kinder haben, fühlen sich zu Recht „wie Dreck“ behandelt.

dass sie trotz Corona-Symptomen von den zuständigen Gesundheitsämtern, aber auch von ihrem Krankenhaus, den zuverlässigen PCR-Test auf Infektion mit SARS-CoV-2 verweigert bekommen. Im besten Fall wird ihnen gesagt, dass sie sich krank melden, ins Bett legen sollen und abwarten – in manchen Fällen aber berichten KollegInnen, dass sie gedrängt werden auch mit Fieber zur Arbeit zu erscheinen.

Profite und struktureller Mangel

Die Krise soll also – versteckt unter Sachzwängen – wieder auf Kosten der Gesundheit der Beschäftigten v. a. im Gesundheitssystem ausge-

« Würde man alle direkt exponierten KollegInnen in Quarantäne schicken, müssten angeblich ganze Stationen geschlossen werden. Das ist nach Ansicht des Robert-Koch-Instituts „sachlich falsch“ und nach Ansicht vieler KollegInnen in der Pflege eine klare Ansage: „Euer Leben ist uns nichts wert.“ »

In Internetforen berichten Pflegekräfte aus ganz Deutschland auch,

tragen werden. So hat Gesundheitsminister Jens Spahn (CDU) am

4. März die Personaluntergrenzen für Krankenhäuser, die eben erst durch Streiks erkämpft wurden, aufgehoben. Dabei ist klar, dass diese schon jetzt oft nicht reichen. Sie stellen im besten Fall das absolute Minimum der Besetzung auf Station dar.

Erst im Sommer 2019 hat die Bertelsmannstiftung eine von breiten Teilen der bürgerlichen Presse gefeierte Studie vorgestellt, laut der „zur Verbesserung der Qualität“ von den rund 1400 Krankenhäusern in Deutschland gut 800 geschlossen werden sollten. Das war ein halbes Jahr vor Corona.

Am 7. März warnte Christian Drosten, der Chefvirologe der Berliner Charité, dass es im Herbst zu einer neuen Corona-Welle kommen könne, die die Kapazitäten der deutschen Krankenhäuser überfordern werde. Im Moment gebe es zwar noch 28.000 Intensivbetten in Deutschland, die aber normalerweise zu gut 80 % mit „normalen“ Erkrankten belegt seien. „Wir müssen jetzt mit Hochdruck mehr Kapazitäten an Intensivbetten schaffen, sonst wird es zu schwierigen Entscheidungen kommen“, sagte Drosten in der Neuen Osnabrücker Zeitung. „Wen wollen wir dann retten, einen schwer kranken 80-Jährigen oder einen 35-Jährigen mit einer rasenden Virus Pneumonie, der binnen Stunden sterben würde und bei künstlicher Beatmung binnen vier Tagen über den Berg wäre?“, fragte Drosten.

„Vieles spricht dafür, dass es solche Fälle geben wird, in denen auch in Hubschrauberreichweite kein Gerät bereit wäre.“⁸ Wie schlimm wäre es erst, wenn die Profitgeilheit der Konzerne die Pläne der Bertelsmannstiftung schon umgesetzt hätte? Kristallklar sieht man hier, wohin die Gewinnorientierung im Gesundheitswesen – ein Ergebnis

der verzweifelten Suche des Kapitals nach Anlagemöglichkeiten mit hoher Profitrate – über die letzten Jahrzehnte geführt hat und weiter führen wird: zu einem Gesundheitssystem, das kaum in der Lage ist eine absehbare Pandemie zu behandeln und Hunderttausende unnötig leiden und viele sterben lassen wird.

Die Zustände in Italien, wo das Gesundheitssystem in diesen Tagen vor dem Virus kapituliert, sind möglicherweise der Blick in eine sehr nahe Zukunft.

Sofortmedizin fürs Gesundheitssystem!

Dabei gibt es Antworten und Lösungen, die zwar die Ausbreitung des Virus nicht mehr verhindern, die Folgen aber deutlich reduzieren können. In Deutschland gibt es ca. 200.000 Pflegekräfte, die nicht mehr in diesem Beruf arbeiten, weil sie die miserablen Arbeitsbedingungen in den Krankenhäusern und Heimen auf die Dauer nicht mehr ertragen oder gesundheitlich vertragen konnten.⁹ Um das Problem Corona wirksam anzugehen, dürfte man gerade nicht die erst eingeführten Personaluntergrenzen per Erlass wieder aufheben, sondern müsste das Signal senden: JedeR, der in einem Krankenhaus arbeiten möchte, bekommt eine feste Stelle, ein Gehalt deutlich oberhalb des Durchschnittslohns, sichere Schichtpläne und eine garantierte 30-Stunden-Woche auch über die jetzige Coronakrise hinaus. Das käme die Konzerne teuer zu stehen, aber es ließe hoffen, in kürzester Zeit die Personalreserven im Gesundheitssektor nachhaltig aufzufüllen.

Auch die Gewerkschaften, insbesondere ver.di, könnten angesichts der aktuellen Krise guten Gewissens eine nachhaltige Verbesserung der Arbeitsbedingungen erstreiten und damit – auch kurz-

„CORONA MACHT'S MÖGLICH“

Kein Werbespot einer Biermarke, sondern bittere Realität. In Österreich lockert das Arbeitsministerium per Erlass das Arbeitszeitgesetz. Die Höchstarbeitszeit darf jetzt überschritten werden, die Ruhezeiten unterschritten werden. Die Höchstarbeitszeit liegt in Krankenhäusern derzeit bei 13 Stunden täglich und 60 Stunden pro Woche, die Ruhezeit zwischen zwei Diensten beträgt 11 Stunden. Reicht das nicht?

Wenn es so einfach geht, wäre es doch gut dem Pflegemangel gegenzusteuern und die 35 Stundenwoche bei vollem Lohn- und Personalausgleich per Erlass einzuführen, für den in den gewerkschaftlichen Verhandlungen gerade gekämpft wird?!





<https://de.m.wikipedia.org/wiki/Datei:Besuchsverbot.jpg> by Partynia

fristig – den Kollaps der Gesundheitsversorgung stoppen. Bisher aber spricht nichts dafür, dass die Gewerkschaftsführung auch nur an so etwas denkt, es gibt lediglich von einzelnen AktivistInnen und Funktionären offene Briefe und kämpferische Stellungnahmen.

So müssen wir KollegInnen, müssen wir Arbeitende, angesichts der Coronapandemie selbst den Kampf um die Verteidigung unserer Gesundheitsversorgung und gegen die offensichtlich tödlichen Folgen der kapitalistischen Profitproduktion – nicht nur im Gesundheitswesen – aufnehmen!

Referenzen/Fußnoten

1. https://www.focus.de/finanzen/boerse/wirtschaftsticker/virus-schweiz-empoert-ueber-deutsches-ausfuhrverbot-fuerschutzmasken_id_11746522.html
2. <https://www.rnd.de/wirtschaft/mundschutz-wird-knapp-matratzenfabrik-in-thuringen-stellt-nun-schutzmasken-her-TWUGCWM6LKPCNCVXQKMJORCX3Q.htm>
3. <https://www.stern.de/digital/online/corona-virus-sharp-stellt-wegen-der-virus-krise-fabrik-produktion-um-9166214.html>
4. Im Moment nehmen ForscherInnen an, dass

die Sterberate von infizierten Menschen bei ca. 0,5 bis 0,7 Prozent liege und gehen gleichzeitig davon aus, dass die Mehrheit z.B. der deutschen Bevölkerung sich in den nächsten Monaten mit dem Erreger infizieren wird. Rechnerisch würde das allein in Deutschland hunderttausende Tote bedeuten – ca. fünf bis zehnmal so viele wie im Rahmen einer „normalen“ Grippeepidemie. Allerdings scheint bisher (10. März 2020) unklar, bei wie vielen Menschen die Infektion gar nicht erst zu einem Ausbruch schwerer Symptome kommt, wie hoch also die „Dunkelziffer“ von unerkannt infizierten und unbemerkt geheilten Menschen ist. Unzweifelhaft aber wird eine massenweise Verbreitung des Virus z. B. in Afrika oder Südasiens deutlich höhere Sterbequoten mit sich bringen als in Österreich oder Deutschland. <https://www.presseportal.de/pm/58964/4539086>

5. <https://www.doccheck.com/de/detail/articles/25692-corona-entlarvt-den-wahnsinn>
6. <https://mypflegephilosophie.com/2020/03/11/keinisomaterialfurcorona-irgendwo-zwischen-wir-wissen-nicht-wie-und-ihr-seid-doch-nur-feige/>
7. <https://www.n-tv.de/regionales/nordrhein-westfalen/Aachen-weicht-von-RKI-Empfehlung-ab-Betrieb-sichern-article21616070.html>
8. <https://www.presseportal.de/print/4540069-print.html>
9. Offener Brief von Katharina Schwabedissen an Gesundheitsminister Spahn und NRW-Gesundheitsminister Lau-mann. <https://www.facebook.com/Katharina.Schwabedissen/posts/1862007740599420>

SWÖ-STREIKS: GEWERKSCHAFT SAGT DEMO AB, BELEGSCHAFTEN ORGANISIEREN SICH SELBST.

Am 10. März waren gewerkschaftliche Demonstrationen der streikenden ArbeiterInnen in der „Sozialwirtschaft Österreich“ geplant. Nach einer Pressekonferenz der Regierung zum Corona-Virus am Morgen wurden die Demonstrationen am Nachmittag vorsehend abgesagt.

Dabei hätten die Einschränkungen für Versammlungen erst am nächsten Tag gegolten. Wer trotzdem zur Demo kam, erhielt einen Flyer der Gewerkschaften, dass der Platz zu verlassen sei.

Einige Belegschaften organisierten deshalb eigenständig öffentliche Kundgebungen. 1000 streikende Freizeitpädagog*innen teilten ihre Versammlungen auf mehrere Orte auf, um die Beschränkungen von 500 Personen outdoor und 100 Personen indoor nicht zu überschreiten.

Autoindustrie – Vorsprung durch Erpressung

Das Corona-Virus hat die Unternehmen auf ein Problem gestoßen, das schon oft in die Mottenkiste des 19. Jahrhunderts gesteckt und wegdiskutiert wurde: es gibt eine ArbeiterInnenklasse, ohne die nicht produziert werden kann und die auch nicht unter den Umständen arbeiten will, die ihnen das Management aufzwingt. Wenn Zulieferketten unterbrochen sind und Fließbänder stillstehen, dann weil dort Menschen arbeiten. Maschinen und Roboter schlagen sich zwar auch manchmal mit Viren rum, aber anders...

In der Autoindustrie sind weltweit Millionen Menschen beschäftigt; allein in Deutschland sind es über 830.000 und in Österreich hängt jeder neunte Job an der Autobranche. Die Arbeitenden sehen sich seit Jahrzehnten ständig mit Kurzarbeit, Stellenabbauprogrammen und Fabrikschließungen konfrontiert.

Heutzutage werden diese Angriffe vor allem damit gerechtfertigt, dass der „Automarkt leide“. In China sei Schluss mit den Boomjahren. Zur Rechtfertigung müssen auch erhalten die „Transformation der Branche“ und der Aufbruch in das Zeitalter der Elektroautos als Antwort auf die Klimakatastrophe. Und da auf der Liste an Vorwänden für Arbeitsplatzabbau noch Platz war, wird auf den Corona-Virus verwiesen und die vermaledeiten Lieferketten.

Was ist dran an den Klagen, die seit dem Sommer und Herbst letzten Jahres immer lauter werden? Es ist unübersehbar, dass heute kleine Erschütterungen ausreichen können, um erneut ein weltweites wirtschaftliches Beben auszulösen. Die Zeitungen sind voll von Meldungen, die die Situation vieler Branchen heute mit den Jahren 2008/2009 vergleichen, in denen nicht nur Banken „gerettet“ werden mussten, sondern auch Automobilkonzerne. Es ist deutlich, dass weltweit die Autoverkäufe zurückgehen. Die 19 wichtigsten Autohersteller der Welt haben 2019 nur noch 78,6 Millionen Fahrzeuge ver-

kauft, das sind 3,9% weniger als im Jahr zuvor. Vor 20 Jahren wurden in China 600.000 Privat-PKW verkauft, 2017 waren es 24,7 Millionen und dann letztes Jahr „nur“ noch 21,5 Millionen. Ist jetzt Schluss mit Wachstum? Ist das sogar eine Chance für die Klimabewegung? Und wer wird draufzahlen?

2018. Dieselskandal? Sicher lästig, aber nichts, was die GroßaktionärInnen beunruhigt. Sogar dort, wo weniger Autos verkauft wurden, finden sich gute Nachrichten: Der PSA-Chef berichtete von einer Rekordgewinnsteigerung von 13% auf 3,2 Milliarden Euro bei 10% weniger verkauften Autos. Mercedes brachte

« Niemand soll seinen Job verlieren. Wenn die Produktivität steigt und weniger Arbeit nötig wird, muss die Arbeitszeit ohne Lohneinbußen und Arbeitszeitverdichtung verkürzt werden, bei vollem Lohn – in allen Branchen. Lohnerhöhungen sind nötig. »

Kein Grund zur Panik, die fettesten Haie machen doch Gewinne

An der Spitze des Weltmarktes liefern sich vier große Auto-Konzerne bzw. Bündnisse ein Kopf-an-Kopf-Rennen: Um Platz 1 und 2 kämpfen Volkswagen und Toyota. Dann folgt Renault-Nissan-Mitsubishi. Künftiger Vierter ist der neue Konzern PSA (Peugeot Citroen)-Fiat Chrysler, wenn die 50 Milliarden-Dollar-Fusion, die im Dezember 2019 besiegelt wurde, die Erlaubnis der Behörden bekommt.

2019 ging erneut VW als Sieger hervor: VW hat 1,3% mehr Autos verkauft als im Vorjahr, nämlich 10,97 Millionen, und hat 13,3 Milliarden Euro Gewinn gemacht. Das sind 12,8% mehr als im schon sehr guten Jahr

es letztes Jahr auf einen neuen Absatzrekord. Von Gewinneinbruch ist allerdings bei Daimler die Rede: „gerade noch“ 2,4 Milliarden Nettogewinn, nachdem es 2018 dreimal so viel war. Auch bei den fetten Fischen der Zulieferbranche, wie Bosch und Michelin, gibt es Gewinne.

Sinkende Verkaufszahlen und steigende Gewinne... dieser Widerspruch ist nicht schwer zu erklären: Überall bestehen die Management-Methoden vor allem in Stellenabbau, schnellerer Taktung der Maschinen, flexibleren Arbeitszeiten, Verweigerung von Lohnerhöhungen oder Kürzungen, Leiharbeit, Subunternehmen... Das nennt man gesteigerte Ausbeutung.



Entlassungen ohne Ende?

Die Autokonzerne rechnen vor, dass in Deutschland bis 2030 410.000 Arbeitsplätze wegen „Strukturwandel“, der Umstellung auf „Elektromobilität“ und der „Digitalisierung“ wegfallen werden. Wie viele Jobs aufgrund der Zulieferketten auch in Österreich dran hängen, lässt sich nur vermuten.

Berechnet wurde die Prognose von sogenannten ExpertInnen der „Nationalen Plattform Neue Mobilität“, ein Debattierclub hochrangiger VertreterInnen aus der Autoindustrie selbst und der IG Metall nebst einigen WirtschaftswissenschaftlerInnen. Das bedeutet: Drohungen mit Arbeitsplatzabbau, Forderungen an den Staat, mit diversen Programmen die Arbeitslosigkeit der rausgeschmissenen Beschäftigten zu finanzieren und Subventionen an die Unternehmen für die Umstrukturierung.

gen. Die Beschäftigten selbst werden zu diesen Debatten nicht eingeladen...

Audi kündigte letztes Jahr an, dass jede sechste Stelle wegfallen werde. Daimler plant den Rausschmiss von 10.000 Leuten. VW gab bereits 2016 die Streichung von 30.000 Stellen, davon 23.000 in Deutschland bekannt.

Opel schickt seit Oktober die Beschäftigten in Rüsselsheim in Kurzarbeit. Bevor der PSA-Chef die Gewinnzahlen veröffentlichte, hatte er noch die Streichung weiterer 4.000 Stellen verlesen. Betroffen davon ist wieder das Werk in Wien-Aspern. Continental verkündete letzten November die Schließung von Werken in der Oberpfalz und in den USA und Stellenstreichungen in Sachsen und Italien. Das alles, nachdem schon die Schließung des Werks in North Carolina beschlos-

sen war und 20.000 Arbeitende in Malaysia auf die Straße geworfen werden sollen... Freiwillig werden die Vorstände nicht damit aufhören.

Neues Wettrüsten

Doch warum all die Klagelieder, vor allem letzten Herbst? Man kann nicht sagen, dass die ganze Branche in einer tiefen Krise steckt. Aber das Rennen der großen Schlachtschiffe hat sicher neue Fahrt aufgenommen. Mit der weiteren Automatisierung der Produktion versprechen sich die Unternehmen neue Sprünge in der Produktivität. Dabei stehen sich nicht nur die alten Platzhirsche als Rivalen gegenüber, auch bekannte Softwareriesen wollen sich am Rennen beteiligen. Dazu könnten Elektroautos neuen Schwung bei den Verkäufen bringen. Die steigenden Investitionen in der Entwicklung und im Bau von Elektroautos und Komponenten dafür lassen

keinen Zweifel, dass eine gigantische Wette am Laufen ist: wer wird künftig die Gewinne auf diesem neuen Marktsegment einstecken?

Extraprofite werden die Unternehmen machen, die als erste auf dem Markt massentaugliche E-Autos verkaufen können. Was Unternehmen und Wirtschaftsinstitute an nötigen Entwicklungskosten und anfänglichen Produktionskosten dafür einpreisen, sind viele Milliardenbeträge über mehrere Jahre. Einen Teil werden die Autokonzerne selbst investieren, indem sie an anderer Stelle die Produktivität hochfahren und damit die Ausbeutung der Beschäftigten. Aber einen großen Teil der riesigen Summen soll der Staat übernehmen.

Runter mit der Arbeitszeit, aber der volle Lohn bleibt!

Die Konzerne und ihre Vorstände liefern sich einen heftigen Konkurrenzkampf um Marktanteile. Die Belegschaften können dabei nicht gewinnen. Aber diese Konkurrenz ist kein Schicksal, das die Belegschaften

und die Bevölkerung insgesamt hinnehmen müssten. Die Herausforderung ist, eine gemeinsame Antwort zu finden und sich nicht zu Opfern machen zu lassen. Um von der Defensive in die Offensive überzugehen, brauchen die Beschäftigten eine gemeinsame Perspektive, in der sie selbst im Zentrum stehen und nicht die Unternehmen.

Niemand soll seinen Job verlieren. Wenn die Produktivität steigt und weniger Arbeit nötig wird, muss die Arbeitszeit ohne Lohneinbußen und Arbeitszeitverdichtung verkürzt werden, bei vollem Lohn – in allen Branchen. Lohnerhöhungen sind nötig. Sollen die Unternehmen und Großaktionäre die Umorganisationen selbst bezahlen! Die ArbeiterInnen haben schon viele Kämpfe gefochten. Es gibt Mut und Ideen.

Erst im Herbst streikten 49.000 Autoarbeiter von General Motors in den USA gegen Standortschließungen, für Lohnerhöhungen... und für die Festeinstellung von Leiharbei-

terInnen! Es gibt Kämpfe überall und die Wut ist noch viel größer.

Im Konkurrenzkampf der Konzerne kann auch die Umwelt nur verlieren. Pkw sind ein Relikt vergangener Zeiten und ohne Zweifel klimaschädlich. Gut so, wenn die Produktion zurück geht. Aber Elektroautos sind keine klimafreundliche Alternative. Sie sind eine Alternative für VW & Co, um ihre Gewinne zu retten.

Die Zukunft liegt in einem gut ausgebauten öffentlichen und kostenlosen Verkehr. Wenn unterm Strich weniger produziert wird und weniger Arbeit nötig ist, dann bleibt mehr freie Zeit für die Arbeitenden, bei vollem Lohn natürlich. Auch die Kosten für diesen Umbau haben aber die Konzerne zu tragen, als die Verursacher. Nicht die Beschäftigten der Autoindustrie oder die Bevölkerung insgesamt. Das wäre Klimagerechtigkeit. Im Kapitalismus unmöglich? Wahrscheinlich. Dann bedeutet Klimagerechtigkeit die Abschaffung des Kapitalismus.



Deutschland:

Baut die Groko den „Sozialstaat“ auf?

Im Februar hat das Bundeskabinett eine Grundrente beschlossen, die im Januar 2021 zustande kommen soll. Die Einführung dieses Gesetzes war der Anlass zu einem monatelangen Streit zwischen Gesundheitsminister Spahn (CDU) und Arbeitsminister Heil (SPD). Diese Inszenierung zielte darauf, die Grundrente als Antwort auf die wachsende Altersarmut zu präsentieren.

Jeder, der uns irgendetwas über die Rente erzählen will, soll doch bitte erst einmal zwei Zahlen erklären: Von 2013 bis 2019 hat Joe Kaeser als CEO von Siemens Pensionsansprüche in Höhe von 14,3 Millionen Euro angehäuft. Im selben Jahr betrug die durchschnittlich in Deutschland ausgezahlte Netto-Rente 906 € (bzw. 1130 €, je nach Quelle).

Egal was sie uns erzählen: die Rente ist Bestandteil des Lebens Einkommens der Arbeitenden und die Höhe nicht von „demografischen Entwicklungen“ oder der „Konjunktur“ abhängig, sondern politisch gewollt und bestimmt vom Kräfteverhältnis zwischen Kapital und Arbeit. Das angeführte Beispiel ist schlicht Ausdruck dieses Kräfteverhältnisses – diese Runde geht ans Kapital.

15 Jahre Rentensenkung

2001 und 2004 wurden von der rot-grünen Koalition Rentenreformen beschlossen, die folgenreiche Eingriffe brachten. Diese Reformen wirken bis heute so gut, dass die jährlichen Rentenanpassungen stetig sinken und der Ausgangswert der künftigen Anpassungen weiter gemindert wird (mehr auf <http://scharf-links.de>).

In Deutschland sind 17,5 Millionen Menschen älter als 65, das sind 21% der Bevölkerung. Die ärmsten

RentnerInnen haben derzeit einen Zugang zu einer Grundsicherung, eine Art von „Alters-HartzIV“. Diese Grundsicherung bekamen 2019 etwa 560.000 Personen, also rund 3% der Personen im Rentenalter und bei weitem nicht alle, die einen gesetzlichen Anspruch hätten. Die jetzt beschlossenen Regelungen betreffen nach ersten Schätzungen 1 bis 1,2 Millionen RentnerInnen.

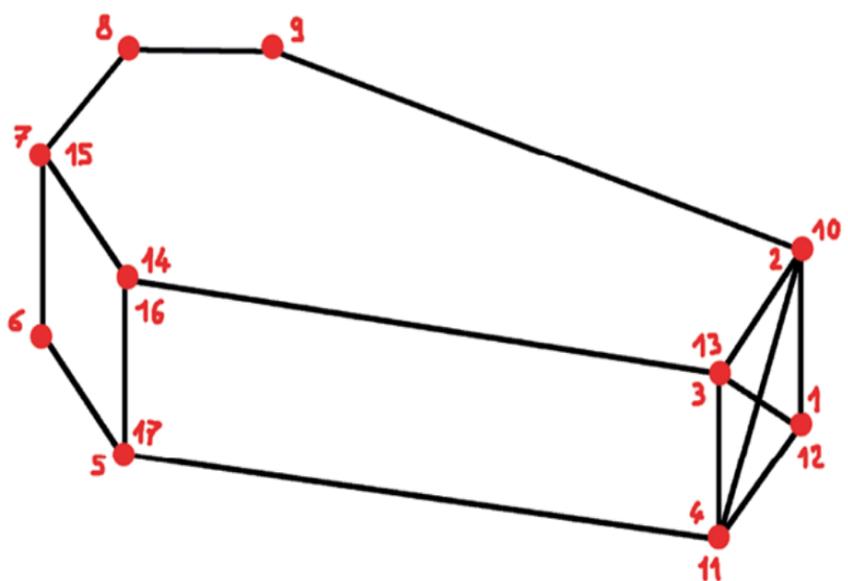
Ein Grundeinkommen... aber wie niedrig!

Die kommende Einführung einer Grundrente hat nichts mit einer allgemeinen Aufwertung der Renten zu tun. Nicht mal 10% der

RentnerInnen werden davon profitieren und die Zuschüsse werden minimickrig sein. Der volle Zuschlag wäre 404,86 €. Aber „so viel“ werden nicht viele bekommen. Der Zugang setzt 35 Jahre mindestens 0,3 Rentenpunkte voraus – damit sind alle Minijobber und das untere Ende der Niedriglöhner-Nahrungskette schon mal raus. Für die Masse der „Beschenkten“ bleiben Almosen, die die Netto-Rente auf 650 bis 900 € aufstocken.

Rente – Löhne: ein gemeinsames Problem

Die Presse hat die Grundrente als ein „Prestige-Projekt der SPD in der



**Verbinde die Punkte
und zeichne deine Rente**

laufenden Legislaturperiode“ präsentiert. Die CDU sprach von einem „Baustein, der in unserem Sozialstaat noch gefehlt hat“.

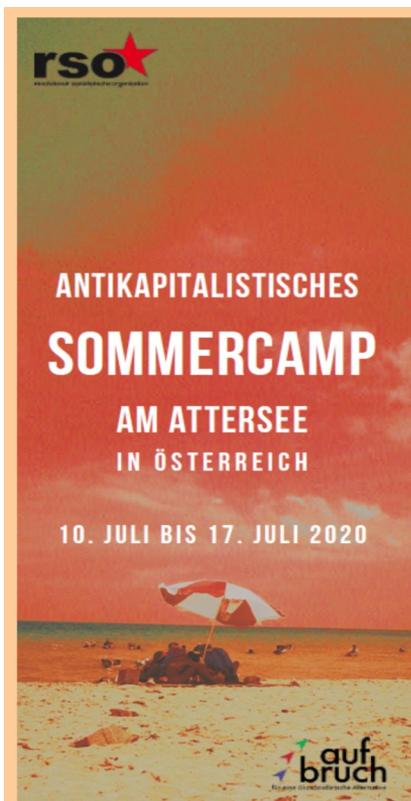
Mit dem Begriff „Sozialstaat“ will die Politik verstecken, dass sie Löhne wie Renten auf das Existenzminimum bringen will. Verkauft als eine Sicherung gegen die Altersarmut, ist die Grundrente tatsächlich eine Ermutigung zu weiteren Kürzungen. Einen Tag vor der Verkündung der Grundrente hielt in Berlin ein „Sozialversicherungsexperte“ der Deutschen Bundesbank einen Vor-

trag über das gesetzliche Rentenalter mit 69. Die Wünsche der Kapitalseite sind klar: weiter Kosten senken.

Die Verteidigung unserer Rente ist mit den Kämpfen um die Löhne zu verbinden. Durch Ausgliederungen und Zersplitterung des Arbeitsmarktes sind die Gehälter unter Druck. Diese Tendenz darf nicht ohne Reaktion weitergehen. Die Renten und die Löhne (von denen die Rentenhöhe abhängig ist) müssen um 300 € erhöht werden. Und kein/e RentnerIn darf weniger als 1300 € netto bekommen. Bezahlen sollen

das die Unternehmen von den uns abgepressten Megagewinnen der letzten Jahre. Arbeitskampf für solche Forderungen – uns scheint, das ginge was...

« Einen Tag vor der Verkündung der Grundrente hielt in Berlin ein „Sozialversicherungsexperte“ der Deutschen Bundesbank einen Vortrag über das gesetzliche Rentenalter mit 69. Die Wünsche der Kapitalseite sind klar: weiter Kosten senken. »



10.7 – 12.7.2020

(Vollpension und Unterkunft zwischen 80 und 120€)

Summer-School mit ganztägigen Workshops zu verschiedenen Themen: Klimabewegung, Einstieg in den Marxismus, aktuelle Arbeitskämpfe und vieles mehr.

13.07.-17.07.2020

(Komplette Woche, Voll- und Halbpension sowie Unterkunft zwischen 180 und 220€)

Workshops zu aktuellen sowie historischen Themen am Vormittag und Ausflüge sowie Freizeitaktivitäten am Nachmittag. Abendprogramm für jeden Geschmack

Kinder werden kostenlos versorgt und untergebracht.

Das Sommercamp liegt direkt an den Ufern des wunderschönen Attersees im Salzkammergut. Das Europacamp verfügt über einen eigenen Seezugang mit Strand. Die Umgebung lädt zum Baden, Wandern, Klettern, Radfahren und vielem mehr ein.

Anfahrt

Gemeinsame Anfahrt aus Salzburg, Wien, Zürich, Düsseldorf, Berlin oder Paris wird organisiert.

Anmeldung per Mail an

sommercamp2020@gmail.com

Ort: "Europacamp" in Weißenbach am Attersee (Oberösterreich).

Mehr Informationen auf:
www.camp2020.sozialismus.net

Nieder mit der Festung Europa und dem Imperialismus

Die Situation an der griechisch-türkischen Grenze hat innerhalb weniger Tage die Themen Flucht und Migration wieder auf die innenpolitische Tagesordnung gesetzt. Die Ursachen, warum Menschen fliehen, bestehen heute genauso wie in den letzten Jahren. Die EU erprobt in der unnachgiebigen Sicherung der Außengrenzen der Festung Europa ihr Vorgehen gegen Millionen künftiger Klimaflüchtlinge.

Scheinbar innerhalb kürzester Zeit ist diese neue „Flüchtlingskrise“ entstanden. Die Wahrheit ist: die Probleme sind alles andere als neu und eine Krise ist es in erster Linie für alle Menschen auf der Flucht. Der Deal der EU mit Erdoğan war von Anfang an unmenschlich und zynisch. Der europäische Imperialismus hat so für ein paar Milliarden Euro die Thematik vor die Tore der EU verlagert.

Im gesamten Gebiet von der Türkei über Syrien und den Irak bis in den Iran und nach Afghanistan kämpfen Regional- und Großmächte um Einfluss, Kontrolle und die Sicherung von Ressourcen. Seit dem Einmarsch von US-Truppen in Afghanistan 2001 wurden immer mehr Länder nachhaltig destabilisiert und zerstört. Die Situation in der gesamten Region ist nach wie vor weit entfernt von einer wirklichen und langfristigen Lösung.

der Weltbühne, zwischen USA, China und der schwächelnden EU, ausgetragen.

Erdoğan, der innenpolitisch immer stärker unter Druck gerät, führt einen direkten Krieg gegen das syrische Regime, um regional Macht und Einfluss zu behaupten. Gleichzeitig geht es ihm darum, die autonomen Kurdengebiete in unmittelbarer Nähe zur türkischen Grenze zu zerstören bzw. zu schwächen.

Mit seiner Ankündigung, die Grenzen zu den EU-Staaten Griechenland und Bulgarien zu öffnen, möchte er sowohl NATO-Unterstützung in Syrien erzwingen, als auch mehr Zahlungen an die Türkei erwirken.

Insoweit stimmt es, was westliche Medien über Erdoğan sagen: Geflüchtete werden zum Spielball einer zynischen Politik. Dabei wird jedoch meist verschwiegen, dass die

auf den Weg gebracht hat. Erdoğan wurden 6 Mrd. Euro bis 2019 versprochen, von denen erst 3,2 Mrd. gezahlt wurden – selbst im Zynismus noch knauserig!

Die Türkei hat 3,6 Millionen syrische Geflüchtete aufgenommen, mehr als die gesamte EU. Das Leben hat sich für die geflüchteten Menschen an den Toren Europas und die Verbliebenen in Syrien allerdings kein bisschen verbessert. Aktuell kommen weitere Hunderttausende fliehende Menschen dazu, die versuchen die Kriegsregion Idlib zu verlassen.

Europäische Gewalt an griechischen Grenzen

Jahrelang hat sich die EU, die sich gerne als humanitäres Friedensprojekt gibt, so eine gewisse Ruhe erkaufte und die Gewalt zu einem hohen Grad an die Türkei ausgelagert. Diese Ruhe ist jetzt unterbrochen worden und wir sehen nun die Konsequenzen dieser Politik.

Auf und vor den griechischen Inseln, besonders auf Lesbos, und an der Festlandgrenze wird von der Polizei, aber auch von angereisten faschistischen AktivistInnen mit Gewalt gegen MigrantInnen vorgegangen. Boote werden attackiert, mit Knüppeln, Tränengas und auch scharfer Munition.

So soll verhindert werden, dass Menschen in die Europäische Union gelangen.

«Jahrelang hat sich die EU, die sich gerne als humanitäres Friedensprojekt gibt, so eine gewisse Ruhe erkaufte und die Gewalt zu einem hohen Grad an die Türkei ausgelagert.»

Vielmehr spitzt sich das Kräfte-messen zwischen Regionalmächten wie der Türkei, Russland, Saudi-Arabien und dem Iran weiter zu. Im Nahen Osten werden Kämpfe und Kriege auch stellvertretend für den großen aufziehenden Konflikt auf

EU der notwendige Gegenpart und Hauptverantwortliche dieses menschenverachtenden Kräfte-messens ist. Die jetzige Situation ist die logische Folge des „Flüchtlings-deals“ zwischen EU und Türkei, den die deutsche Kanzlerin Merkel 2016

Die griechischen Inseln sind zum rechtsfreien Raum geworden. Laut Berichten und Aussagen von Hilfsorganisationen werden NGOs und HelferInnen angegriffen, JournalistInnen verprügelt, medizinisches Personal musste sich aus Flüchtlingslagern zurückziehen. Es wurden auch schon Flüchtlingslager in Brand gesetzt und Geflüchtete verschleppt.

Europäische Solidarität? Grenzen Schützen, auf Menschen schießen

Das Recht auf Asyl wird von den EU-Staaten mittlerweile grundsätzlich in Frage gestellt und bekämpft. Griechenland hat es nun ganz offiziell aufgehoben und hat von der deutschen EU-Kommissionspräsidentin von der Leyen Unterstützung dafür bekommen: Sie dankte Griechenland dafür, in diesen Zeiten der "europäische Schild" zu sein.

Auch wenn in den Medien wenig darüber berichtet wurde, sitzen seit Jahren zehntausende MigrantInnen in Flüchtlingslagern auf den griechischen Inseln fest. Die Bedingungen sind katastrophal, für die Menschen

dort gibt es keine Perspektiven.

Im Flüchtlingslager Moria auf Lesbos, das der UN-Sonderberichtsersteller Jean Ziegler als „Die Schande Europas“ bezeichnet, leben 20.000 Personen, konzipiert wurde es für unter 3.000 BewohnerInnen. In dieser ausweglosen Situation versuchen laut Ärzte ohne Grenzen sogar schon immer mehr Kinder, die einen großen Teil der BewohnerInnen ausmachen, sich das Leben zu nehmen.

Aufgrund dieser zugespitzten Situation und den damit verbundenen Problemen ist es auch zu großer Unzufriedenheit unter griechischen InselbewohnerInnen gekommen. Jahrelang wurden sie mit der Situation alleine gelassen, heute können FaschistInnen mit ihren menschenverachtenden Ideen bei ihnen offene Ohren finden.

Ähnlich wie Italien wurde auch Griechenland bei der Aufnahme von Geflüchteten nicht durch die EU bzw. ihre Mitgliedsstaaten unterstützt. Heute wird darüber diskutiert

„solidarisch“ mit Griechenland zu sein, indem es bei der Abwehr von Geflüchteten unterstützt wird. Der Solidaritätsbegriff wird dadurch pervertiert.

Auch wenn heute viele Menschen empört sind, wird die aktuelle Situation an den EU-Außengrenzen keine Ausnahme bleiben. Im Gegenteil gibt das Exempel, das gerade an den griechischen Grenzen an Geflüchteten statuiert wird, einen Vorgeschmack auf den Alltag in der Festung Europa der Zukunft.

Denn es werden weiterhin Menschen versuchen nach Europa zu gelangen und es wird weiterhin versucht werden es ihnen zu verunmöglichen. Die „Grenzschutzagentur“ Frontex wird weiter militarisiert. Ihr Budget soll bis 2021 auf über 1,5 Mrd. Euro verdreifacht werden!

Wir können davon ausgehen, dass ein nach außen militarisiertes Europa auch nach innen die Freiheiten der BewohnerInnen einschränken wird und die Ordnung mit zunehmender Repression und Unter-



drückung aufrechterhalten wird. In Deutschland, Frankreich und Griechenland gibt es bereits etliche Beispiele dafür. (Mehr im Artikel „Polizei und Justiz: Freund und Helfer der Reichen“ in Aurora Nr. 6 und auf www.sozialismus.click)

Deutschland aktiv geworden oder haben gespendet. Freiwillige haben Geflüchteten unbezahlt in allen möglichen Bereichen geholfen, vom Deutschkurs über die Wohnungssuche hin zu neuen sozialen Netzwerken.

Asylrechts und über die empörende Gewalt gegen Geflüchtete. Selbst das zu hinterfragende Versprechen der deutschen Regierung, „1000-1500“ geflüchtete Kinder von den griechischen Inseln aufzunehmen, bleibt an verschiedensten Bedingungen

Kurz und Merkel

Die österreichische türkis-grüne Regierung stellte in ihren Aussagen klar, dass sie keine Menschen aus Griechenland aufnehmen wird. Die Aussage von Grünen-Chef Werner Kogler, es sollten Frauen und Kinder aufgenommen werden – eine Forderung, die im Grunde menschenverachtend ist, da sie Menschen aufgrund von Alter und Geschlecht selektiert, obwohl allen Menschen das Recht auf Asyl gewährt werden sollte - wurde im Nachhinein als Privatmeinung deklariert.

Wichtigstes Kredo der Integrationsministerin Susanne Raab: „2015 darf sich nicht wiederholen.“ Damit ist gemeint, dass es damals nicht gelungen ist, alle Menschen an den EU-Außengrenzen zu stoppen. Diesmal soll das mit aller Kraft verhindert werden. Die Aufgabe heute sei die Integration der hier lebenden MigrantInnen.

« Auch Merkel sicherte Griechenland „unsere volle Solidarität und unsere volle Unterstützung“ beim Schutz der Außengrenze zu und verlor kein Wort über die Aufkündigung des Asylrechts und über die empörende Gewalt gegen Geflüchtete. »

Die aber wird mit zunehmendem und offenem Rassismus und Kürzung von Sozialleistungen und Sprachkursen erschwert.

Was tatsächlich 2015 geschehen ist, war eine Solidaritätswelle in der Bevölkerung. Hunderttausende Menschen sind in Österreich und

Der österreichische Staat hat weder damals, noch später unterstützend eingegriffen. Der Zugang zu Deutschkursen wurde tatsächlich sogar verknappt, mit verschiedenen Maßnahmen hat die rechtsextrem-rechtspopulistische ÖVP-FPÖ-Regierung versucht Solidarisierung zwischen AsylwerberInnen und ÖsterreicherInnen zu unterbinden. Hauptaugenmerk lag darauf, Menschen abzuschieben, zur Rückkehr zu bewegen und ihnen das Leben so ungemütlich wie möglich zu machen. Was die „Hilfe vor Ort“ genau bedeuten soll, von der immer wieder gefaselt wird, ist unklar, oft wird es als finanzielle Zuwendung gesehen.

Die österreichischen Gelder an die UNHCR sind jedenfalls in der Gegenüberstellung mit vergleichbaren Ländern mickrig.

Auch Merkel sicherte Griechenland „unsere volle Solidarität und unsere volle Unterstützung“ beim Schutz der Außengrenze zu und verlor kein Wort über die Aufkündigung des

geknüpft, so dass in Frage steht, ob überhaupt etwas davon umgesetzt wird.

Revolutionäre Antworten

Natürlich ist es nicht einfach möglich sofort die Bedingungen, die zu Flucht führen, aufzuheben und allen Menschen in ihren Heimatländern ein gutes Leben zu ermöglichen. Diese Bedingungen werden durch das globale kapitalistische System und seine internationalen Machtbeziehungen geschaffen. Diese äußern sich aber in ganz konkreten Handlungen von Menschen, in politischen und wirtschaftlichen Entscheidungen.

Wir sind für das sofortige Ende aller Waffenexporte aus EU-Ländern in Krisengebiete und gegen die finanzielle, politische oder militärische Unterstützung von diktatorischen Regimen. Durch die Enteignung der Rüstungskonzerne und ihrer Vermögen könnten Maßnahmen zur Wiedergutmachung der verursachten Schäden finanziert werden.

Alle von westlichen Ländern aufgezogenen Abhängigkeiten, Sparprogramme, Freihandelsabkommen und die damit verbundene wirtschaftliche Ausbeutung und Zerstörung der Länder müssen beendet werden.

Für revolutionäre Organisationen besteht die Aufgabe sowohl darin



gegen die Ausbeutung und Unterdrückung ärmerer Länder zu kämpfen, als auch darin, klassenkämpferische und antikapitalistische Kräfte in diesen Ländern zu unterstützen.

Vor allem aber haben wir uns in unseren eigenen Ländern der feindlichen Propaganda gegenüber fliehenden Menschen entgegenzustellen, egal ob sie offen rassistisch daherkommt, oder ob „nur“ gegen „Wirtschaftsflüchtlinge“ Stimmung gemacht wird oder beschworen wird, 2015 dürfe sich „nicht wiederholen“.

Wir sind für die Öffnung aller Grenzen, egal ob Menschen vor Krieg, Hunger oder Klimawandel fliehen oder ein besseres Leben in den reichsten Ländern des Planeten suchen.

MigrantInnen heißen wir willkommen und dies ohne Selektion nach Alter oder Geschlecht. Wir sind

gegen jede Diskriminierung, sei es auf dem Arbeitsmarkt, dem Wohnungsmarkt oder bei Behörden.

MigrantInnen gehören heute oft zu den am stärksten ausgebeuteten Teilen der ArbeiterInnenklasse. Sie arbeiten prekär, oft illegalisiert, meist unter schlechten Bedingungen. Es gibt aber auch genügend Beispiele für Organisation und Kämpfe in diesem Bereich. Solche Kämpfe müssen wir gemeinsam führen, denn hier angekommene Menschen sehen sich in vielen Bereichen den gleichen Problemen gegenüber wie wir. In Deutschland haben fast 50 % derjenigen Geflüchteten, die zwischen 2013 und 2018 angekommen sind, inzwischen einen Job.

Es ist wichtig, dass sie Teil unserer Kämpfe werden: für höhere Löhne und bessere Arbeitsbedingungen, für leistbaren Wohnraum, gegen Klima-

wandel und Zerstörung der Umwelt. Gegen das kapitalistische System, das uns allen die Perspektiven für ein gutes Leben nimmt.

Die Frage ist nicht, können „wir“ uns die Aufnahme von weiteren geflüchteten Menschen leisten, sondern die Frage lautet immer dringender: Können wir uns dieses Wirtschaftssystem noch länger leisten? Ein System, das die Hälfte des weltweiten Vermögens der Menschheit vorhält, um sie in den Händen einer kleinen Minderheit zum Spekulationsobjekt zu machen.

Alle, die unter oft elenden Bedingungen arbeiten und den Reichtum produzieren, genauso wie diejenigen, die vor den unmenschlichen Lebensbedingungen und Kriegen die Flucht antreten, haben ein gemeinsames Interesse daran, diesem kapitalistischen System den Garaus zu machen.

Das Phänomen Bernie Sanders – Ursprung und Perspektiven

Mit Bernie Sanders, der in den USA um die Nominierung zum Präsidentschaftskandidaten der Demokratischen Partei kämpft, geistert das Wort „Sozialismus“ wieder durch die Medien. Sanders weckt große Hoffnungen, auch in der österreichischen und deutschen Linken. Wir veröffentlichen eine überarbeitete deutschsprachige Version eines Artikels unserer US-amerikanischen GenossInnen Speak Out/Socialist Revolutionary Workers Group, der Hintergründe analysiert und politische Perspektiven gibt.

Vom 6.3.2020.

Die USA sind ein Land enorm großer sozialer Ungleichheit. Momentan besitzen die reichsten 10% der US-Haushalte 70% des Vermögens. In den letzten 30 Jahren konnten diese ihren Anteil am gesellschaftlichen Gesamtvermögen um 10% erhöhen. Grund dafür sind Steuerentlastungen für die Reichen. Allein unter dem ehemaligen Präsidenten George W. Bush (2001-2009) nahm der Staat aufgrund von Steuerentlastung 3 Billionen \$ weniger ein. Gleichzeitig haben sich die Ausgaben fürs Militär in den letzten 20 Jahren fast verdoppelt.

Die Situation für die Arbeitenden wird dadurch immer prekärer. Denn das Budgetdefizit, das durch die Steuerentlastungen für die Reichen und Militärausgaben entstand, wurde ständig als Vorwand dafür genommen, Sozial- und Gesundheitsleistungen sowie im Bildungsbereich zu kürzen. Sieben Millionen besser bezahlte Jobs in der Industrie sind in den letzten 45 Jahren verlorengegangen. Vermehrt haben sich hingegen unterbezahlte Jobs, meist im Dienstleistungsbereich und ohne gewerkschaftliche Vertretung.

All diese Entwicklungen der letzten Jahrzehnte führten dazu, dass die ärmeren Haushalte stark verschuldet

sind: Hypotheken, Kredite für Autos oder Studiendarlehen. Allein 62% der Privatinsolvenzen sind auf Krankenhausrechnungen zurück zu führen.

Die Politik von Sanders

Kein Wunder, dass Bernie Sanders angesichts der sozialen Lage in den USA große Hoffnungen weckt. Er bezeichnet sich selbst als demokratischen Sozialisten und hat dazu beigetragen, dass der Begriff „Sozialismus“ heute in den USA vor allem unter jungen Leuten wieder populär ist.

den Vietnamkrieg entwickelte.

1981 wurde Sanders in Burlington, Vermont zum Bürgermeister gewählt und hielt sich für drei Amtszeiten. Er setzte sich für Jugendzentren, Parks und bezahlbaren Wohnraum ein und kämpfte gegen große kommerzielle Bauprojekte an. Das Programm, das Sanders heute vertritt, entspricht seiner politischen Laufbahn. Unter Sozialismus versteht er eine Rückkehr zur New-Deal-Politik unter Franklin D. Roosevelt, die als Antwort auf die Große Depression von

« Momentan besitzen die reichsten 10% der US-Haushalte 70% des Vermögens. In den letzten 30 Jahren konnten diese ihren Anteil am gesellschaftlichen Gesamtvermögen um 10% erhöhen. »

Sanders ist seit den 1960ern politisch aktiv. Zu seinen Stationen gehörten die Jugendorganisation der Socialist Party of America, die zu dieser Zeit mit den europäischen sozialdemokratischen Parteien in der Sozialistischen Internationale war, die Bürgerrechtsbewegung, bei der er in Chicago Sit-Ins gegen die „Rassentrennung“ organisierte, und die Liberty Union Party, die sich in Vermont aus der Bewegung gegen

1929 dazu beitrug, Arbeitslosigkeit zu reduzieren und ArbeiterInnen viele Verbesserungen brachte wie z.B. ein besseres, sichereres Pensionssystem und Mindestlöhne.

Was in dieser Erzählung von der Rückkehr zum New Deal allerdings ausgelassen wird, ist die explosive soziale Situation zu jener Zeit. KommunistInnen und RevolutionärInnen spielten eine wichtige Rolle in

Arbeitskämpfen und Streikbewegungen, die großen politischen Druck ausübten. Nur dadurch sah sich die US-amerikanische Regierung gezwungen, weitreichende soziale Zugeständnisse zu machen. Es ging ihr darum, die Gefahr einer revolutionären ArbeiterInnenbewegung einzudämmen und den politischen Fokus der Arbeitenden auf Präsidentschaftswahlen zu verschieben.

2016: Sanders gegen Clinton

Hillary Clinton setzte sich 2016 in den Vorwahlen der Demokratischen Partei, gegen Bernie Sanders durch. Anders als Obama, der 2008 gegen Clinton die Nominierung gewann, hatte Sanders keine mächtigen DemokratInnen an seiner Seite.

Clinton hingegen wurde insbesondere von Teilen der Demokratischen Partei unterstützt, die die als zu links gesehene wohlfahrtsstaatliche Politik der DemokratInnen der 1960er bis 80er rückgängig machen wollten und bei der weißen Mittelklasse punkten wollten. Sanders dagegen befürwortete eine „politische Revolution“ und bezog

seine Unterstützung von Arbeitenden und ehrenamtlichen AktivistenInnen.

Von großer Bedeutung waren dabei die schon 1973 gegründeten Democratic Socialists of America

« Obwoh Sanders an der undemokratischen Natur seiner Partei scheiterte, stellte er sich hinter die Demokratische Partei und unterstützte offiziell Hillary Clinton. »»

(DSA), die aus der Demokratischen Partei eine Partei nach dem Modell der europäischen Sozialdemokratie machen wollen. Die DSA war lange Zeit kaum aktiv, hat sich aber um die Sanders-Kampagne verjüngt und ist stark angewachsen. Als Sanders z.B. 2017 im US-Senat einen Gesetzesentwurf zur Ausdehnung staatlich finanzierter Gesundheitsprogramme für SeniorInnen auf die gesamte US-Gesellschaft einbrachte, zog die DSA von Tür zu Tür und sammelte Unterschriften.

Trotz einer aktiven Basis unterlag Sanders im Jahr 2016. Er gewann die Vorwahl in 23 der 50 US-Staaten.

Den Unterschied machten aber nicht die Delegierten, die bei den Vorwahlen pro Bundesstaat je nach Größe ermittelt werden und die dann bei der Democratic National Convention (DNC) verpflichtet sind, für die ge-

wählte Siegerin in ihrem jeweiligen Bundesstaat zu stimmen.

Clinton konnte sich durchsetzen, weil sie bei der DNC mehr Stimmen von Superdelegierten erhielt. Die Superdelegierten werden von der Parteispitze festgelegt. Im Gegensatz zu den Delegierten können sie sich aussuchen, wen sie als KandidatIn bei der Präsidentschaftswahl haben wollen. Obwohl Sanders an der undemokratischen Natur seiner Partei scheiterte, stellte er sich hinter die Demokratische Partei und unterstützte offiziell Hillary Clinton.



Trump – das Desaster der Demokratischen Partei

Mit Donald Trump hatten die RepublikanerInnen einen Magnaten der Immobilienbranche am Start, der aus dem Reality TV bekannt war. Er kündigte an, er wolle die Republikanische Partei zu einer „Arbeiterpartei“ machen und konnte mit seinem popkulturell versierten Auftreten auch tatsächlich bei weißen ArbeiterInnen punkten.

Auf Clintons Erfolg gegen Sanders folgte ihr Misserfolg gegen Trump. Anders als Bernie Sanders selbst unterstützten viele seiner AnhängerInnen Hillary Clinton nicht. Trump war damit erfolgreich, sich als Anti-Establishment darzustellen und hatte Teile der Republikanischen Parteispitze gegen sich. Er konnte zudem auf der Welle des Rechtspopulismus mitschwimmen, die 2015 von der von Milliardären finanzierten Tea Party losgetreten wurde. Die AnhängerInnen der Tea Party fühlten sich von der Obama-Regierung nicht repräsentiert und protestierten vor allem gegen zu hohe Steuern und die damit finanzierten staatlichen Sozialleistungen.

« Trump kündigte an, er wolle die Republikanische Partei zu einer „Arbeiterpartei“ machen und konnte mit seinem popkulturell versierten Auftreten auch tatsächlich bei weißen ArbeiterInnen punkten. »»

In diesem Milieu weißer, über-40-jähriger AmerikanerInnen hatte Trump einen wichtigen Teil seiner sozialen Basis.

Auf Trumps Wahl zum Präsidenten folgte große Entrüstung. Diese richtete sich gegen seinen Rassismus und Sexismus sowie die willkürliche Außenpolitik. Nicht nur seine Tweets waren geschmacklos, in Trumps Amtszeit kam es zu massiven Angriffen auf die Rechte von MigrantInnen, MuslimInnen und zu

Einschränkungen beim Schwangerschaftsabbruch. Seine außenpolitischen Positionen bewegten sich sprunghaft vom Abzug der US-Truppen aus dem Mittleren Osten und Afghanistan zu Kriegsdrohungen gegen Syrien und den Iran. Er feierte zuerst den chinesischen Präsidenten Xi Jinping und brach dann plötzlich einen Handelskrieg vom Zaun.

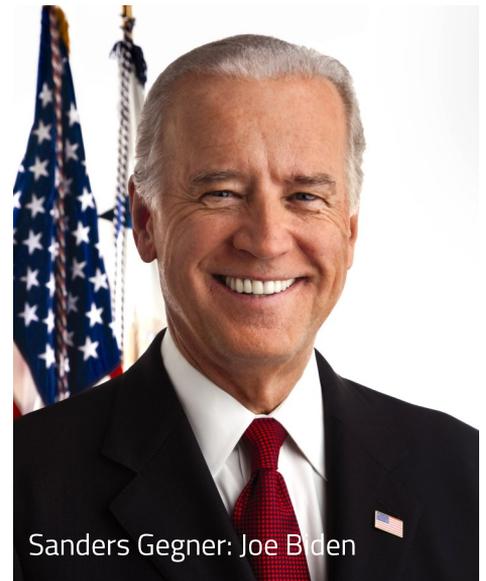
Die Wut auf Trump fand ihren Ausdruck im Women’s March on Washington oder Protesten gegen das Einreiseverbot für MuslimInnen, nach deren Initiierung durch BasisaktivistInnen auch Vorfeldorganisationen der Demokratischen Partei eine wichtige Rolle spielten. Als diese Proteste zurückgingen, setzte die Demokratische Partei auf andere Mittel.

Zuerst sollte die „Mueller Investigation“ beweisen, dass Trump mithilfe russischer Verbindungen den Wahlkampf gewonnen hätte. Darauf folgte die Debatte um Trumps „Impeachment“ (Amtsenthebung). Der Präsident soll die ukrainische Regierung erpresst haben, gegen Joe Bidens Sohn, der in der Ukraine im Vorstand eines Erdgaskonzerns saß,

ein Korruptionsverfahren einzuleiten. Trumps Ziel soll gewesen sein, Joe Biden – seinen möglichen Gegner in der nächsten Präsidentschaftswahl – schlecht zu machen. Der Versuch, gegen Trump deswegen ein Amtsenthebungsverfahren einzuleiten erzeugte wie die Mueller Investigation riesigen medialen Rummel, blieb aber real wirkungslos.

Sozialistische Perspektiven für die USA

Bei den Vorwahlen der Demokrati-



schen Partei steht Bernie Sanders, der sich auf Spenden von Arbeitenden stützt, KandidatInnen gegenüber, die von Konzernen und Reichen finanziert werden. Auch die Gewerkschaften sind in den USA ein wichtiger Teil der Basis der Demokratischen Partei. Sie unterstützen aber nicht zwangsläufig die KandidatInnen, die den Interessen der Arbeitenden am Nächsten sind.

2016 standen sie mehrheitlich an Clintons Seite. Einige, zum Teil auch große Gewerkschaften wie im öffentlichen Verkehr, in der Post, den Häfen, der Automobilindustrie und die der KrankenpflegerInnen waren aber für Sanders. 2020 ist das noch nicht klar. Die großen Gewerkschaften haben sich noch nicht für ihre bevorzugten KandidatInnen ausgesprochen. Unter den Gewerkschaften, die Sanders bereits unterstützen, sind wieder besonders kämpferische Bereiche vertreten – wie die Pflege.

Mittlerweile sind die Vorwahlen, die noch bis 6. Juni dauern, fortgeschritten. Am 3.3.2020 fand der Super Tuesday statt – der Tag, an dem ein Drittel der Delegierten zur Nominierung der demokratischen PräsidentschaftskandidatInnen vergeben wird. Joe Biden gewann in zehn, Sanders in vier der 14 umkämpften Staaten. Das Feld der KandidatInnen hat sich somit auf Sanders und Biden zuge-



spitzt. Der Vorsprung Bidens ist nicht hoch, die mediale Propagandamaschine steht aber auf seiner Seite.

Mit Biden hat Sanders einen sehr erfahrenen Bürokraten als Gegner, der unter Obama schon Vizepräsident war. Er stellt sich als Verteidiger des Status quo dar, als Politiker der „Mitte“. Das Kapital und die Demokratische Partei bevorzugen ihn.

Unabhängig davon, ob sich Sanders gegen sein eigenes Partei-Establishment durchsetzen wird, ist es für SozialistInnen wichtig, keine Illusionen zu säen. Etliche politische Organisationen mit revolutionärem Selbstverständnis kampagnisieren für Sanders und üben wenig Kritik. Doch die Frage, ob RevolutionärInnen für ein reformistisches Programm eintreten sollen, das über die Wahlurnen kommen soll, muss beantwortet werden.

Die Geschichte zeigt, dass weitreichende soziale Reformen meist in zugespitzten Situationen verwirk-

licht werden, die große Arbeitskämpfe und soziale Bewegungen involvieren. Es ist notwendig, eine revolutionäre Organisation auf diese zu orientieren. Die politische Unabhängigkeit ist wichtig, um zu verhindern, dass die Kämpfe vom Staat durch Zugeständnisse ins System integriert werden und ihnen so die Orientierung genommen wird.

Es geht nicht darum, Wahlen prinzipiell abzulehnen, denn diese können revolutionäre und sozialistische Ideen streuen und das Interesse der ArbeiterInnenklasse, den Kapitalismus zu stürzen, sichtbar machen.

Das Programm von Bernie Sanders versucht hingegen, Reformen von

oben zu verwirklichen. Es knüpft aber auch an die Alltagserfahrungen der ArbeiterInnenklasse an. Sorgen und Ängste, wie die unleistbare Gesundheitsversorgung werden aufgegriffen und das, was Sanders als „Sozialismus“ bezeichnet weckt Hoffnung. Bei diesen Hoffnungen und Ängsten muss angeknüpft und gleichzeitig klargemacht werden, dass der soziale Wandel, den sich die Lohnabhängigen wünschen, nicht über die Wahlurne kommen wird, sondern darüber, das eigene Schicksal selbst in die Hand zu nehmen.

« Unabhängig davon, ob sich Sanders gegen sein eigenes Partei-Establishment durchsetzen wird, ist es für SozialistInnen wichtig, keine Illusionen zu säen. »»

Kim Stanley Robinson: „New York 2140“

Was passiert, wenn der Klimawandel nicht gestoppt wird? Kim Stanley Robinson beschreibt in seinem 2018 erschienenen Roman ein mögliches Szenario.

New York steht 2140 größtenteils unter Wasser – und ist weiterhin ein Zentrum des globalen Finanzkapitalismus. Millionen Menschen wohnen in Hochhäusern, gehen ihren Jobs nach und bewegen sich mit Booten oder auf Hochbrücken durch die Stadt. Während die Eliten in Penthouse-Wohnungen leben, müssen sich die meisten Arbeitenden mit Großraumschlafzimmern zufriedengeben. Die soziale Ungleichheit ist so groß wie nie zuvor.

« Das Buch bestärkt den Kampf gegen den Klimawandel und gegen das kapitalistische System, unabhängig ob vor oder nach dem Hochwasser. »»

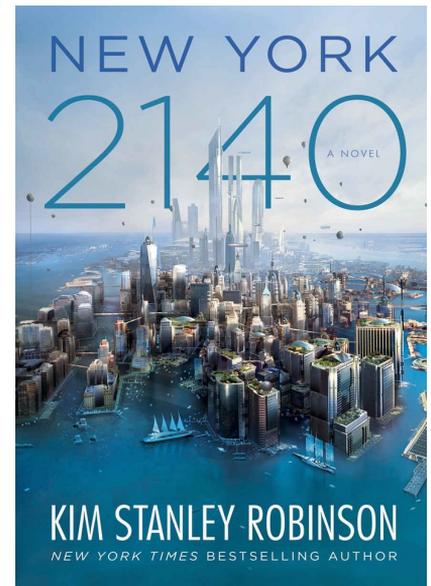
Durch das Schmelzen des antarktischen und grönländischen Eises haben zwei Flutwellen den Meeresspiegel um 15 Meter steigen lassen. Weder Hochwasserschutz noch Geoengineering konnten die Küsten retten. Es folgten Wirtschaftskrisen, Hungersnöte, Migrationswellen, Artensterben, Austeritätprogramme und Unterdrückung. Ein großer Teil der Menschheit starb.

Robinson erzählt abwechseln in kurzen Kapiteln die Geschichten

von verschiedenen BewohnerInnen der Metropole, die sich im Laufe des Buches miteinander verwickeln. Dem Börsenspekulanten, einer Polizeiinspektorin, einer Sozialarbeiterin, eines Internetstars, eines Hausmeisters, zweier jugendlicher Wohnungsloser, zwei Programmierern, die versuchen sich mit den kapitalistischen Algorithmen anzulegen.

Insgesamt beschreibt der Roman die Folgen der profitorientierten kapitalistischen Wirtschaftsweise, welche nicht fähig war den Klimawandel zu stoppen. Sie ist allerdings dadurch auch nicht zusammengebrochen, sondern funktioniert weiter – zumindest für das reichste Prozent.

Jenseits des großen Geldes wimmelt es von unterschiedlichen Menschen und ihrem Kampf ums (Über)Leben - durch die Organisation in Genossenschaften, Hausbesetzungen und Verteidigung von Wohnraum gegen Investoren, der Suche nach Unterwasserschätzen und der gegenseitigen Hilfe in der Not. Das 800-seitige Buch liest sich schnell und ist spannend. Die Beschreibung der Straßen und Gegenden von New York nimmt für



Unkundige etwas viel Raum ein. Abgesehen davon zeigt es ein realistisches Zukunftsszenario, in dem alte Probleme weiter bestehen und neue dazugekommen sind. Das Buch bestärkt den Kampf gegen den Klimawandel und gegen das kapitalistische System, unabhängig ob vor oder nach dem Hochwasser.

Leider flacht das letzte Kapitel etwas ab. Trotz dem Starten eines (Miet-)Streiks und einer „Revolution“ wird am Ende doch ein explizit keynesianischer (staatliche Eingriffe in den Kapitalismus) und institutioneller Weg eingeschlagen. (Hier kann der Einfluss der Bewegung am linken Flügel der Demokraten um Sanders, Ocasio-Cortez und Co. festgestellt werden, die wir in einem anderen Artikel analysieren.) Nichtsdestotrotz bleibt die Lektüre, die verschiedene interessante soziale, ökologische, wirtschaftliche, technische und geologische Aspekte anspricht, empfehlenswert.

IMPRESSUM

Herausgeberin: RSO, Stiftgasse 8, 1070 Wien | Druck: Eigenvervielfältigung | Verantwortlicher Redakteur: Florian Sund, Schmarjestr. 17, 14169 Berlin

VERANSTALTUNGEN

Berlin

Di, 17.03.2020

Corona-Virus in Deutschland:
Alles im Griff?

Di, 31.03.2020

Frauenrechte werden nicht ge-
schenkt!

**Vorträge, Webinare und
Terminankündigungen auf**

www.sozialismus.click

info@sozialismus.click

Facebook: RSO Deutschland

Wien

Do, 19.03.2020 (online)

Bernie Sanders - Eine kritische
Auseinandersetzung

Do, 16.04.2020

Tesla: Der Kapitalismus von
Elon Musk

**Vorträge, Webinare und
Terminankündigungen auf**

www.sozialismus.net

rso@sozialismus.net

Facebook: revolutionär
sozialistische organisation (rso)

Düsseldorf

**Vorträge, Webinare und
Terminankündigungen auf**

www.sozialismus.click

info@sozialismus.click

Facebook: RSO Deutschland

WER WIR SIND UND WAS WIR WOLLEN

Die RSO (Revolutionär Sozialistische Organisation) arbeitet am Aufbau einer Organisation, die in sozialen Bewegungen und Arbeitskämpfen eine Perspektive über den Kapitalismus hinaus aufzeigen kann. Wir nehmen an Demonstrationen und Aktionen teil, diskutieren solidarisch über unser Verständnis von Politik und welche Strategien wir brauchen und tauschen uns mit anderen AktivistInnen aus.

Wir sind in Wien aktiv, haben aber Kontakt zu Gruppen und AktivistInnen in anderen österreichischen Städten und anderen Ländern.

Für Revolution und Sozialismus einzutreten, bedeutet über den

engen Kreis der Linken hinauszuwirken und unsere Ideen in der ArbeiterInnenklasse zu verbreiten. Wir geben deswegen seit mehreren Jahren das Betriebsflugblatt Klartext in Wiener Krankenhäusern heraus, mit dem wir Missstände anprangern, KollegInnen ein Sprachrohr bieten und versuchen, Basisaktivitäten zu vernetzen.

Mit anderen AktivistInnen gemeinsam haben wir die Initiative Care Revolution aufgebaut und diverse Demonstrationen und Protestaktionen organisiert.

Für uns ist der Kampf gegen konkrete Ausbeutung am Arbeitsplatz, Unterdrückung

durch Sexismus und Rassismus und die katastrophale Umweltzerstörung immer verbunden mit einem Kampf gegen den Kapitalismus, der ein solidarisches Zusammenleben verhindert.

**Ihr erreicht uns in
Österreich unter:**

rso@sozialismus.net

www.sozialismus.net

Und in Deutschland:

info@sozialismus.click

www.sozialismus.click

+49 176 35253643